

Berliner Tageblatt

Nr. 192

redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 27. April 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mollé in Berlin.

Die Schakung durch Schäkel.

Der allgemeine Protest der Öffentlichkeit gegen die geplante Erhöhung der Briefpost.

Jeder ein Geschenk des Rechtsblocks.

Die zahlreichen Stimmen aus allen beteiligten Kreisen deutlich ist die Unzufriedenheit über die beabsichtigte Erhöhung der Briefposten sehr groß, und sie dürfte noch weiter wachsen. In allen politischen Lagern ist man von der Ankündigung des Reichspostministers peinlich überrascht worden. Das geht aus der deutschnationalen Presse hervor, die sonst immer bemüht ist, die jetzige Regierung und ihre Minister zu verdammen. Nebenbei muß noch hervorgehoben werden, daß derselbe Reichspostminister Schäkel, der jetzt mit dem Hinweis auf die schlechte Geschäftslage der Reichspost für eine Steigerung der Briefposten um fünfzig Prozent forciert, noch vor wenigen Tagen bei der Staatsberatung erklären ließ, daß die Erhöhung der Briefpost eine Tarifserhöhung nicht sei, und daß eine Erhöhung deshalb auch nicht geplant sei, und daß eine Erhöhung der Briefposten nicht geplant sei, und daß eine Erhöhung der Briefposten nicht geplant sei, und daß eine Erhöhung der Briefposten nicht geplant sei.

Stadium des Referentenentwurfes, und hat die zuständigen Stellen des Ministeriums selbst, nämlich den Staatssekretär und den Minister, noch nicht passiert. Bevor der Entwurf dem Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt werden wird, werden die interessierten Kreise, also besonders der Industrie- und Handelstag und die Großhandelsverbände gehört und aufgefordert werden, ihre Wünsche vorzubringen, deren Prüfung sich das Reichspostministerium vorbehalten hat. Das Reichspostministerium hofft, die Vorlage spätestens in drei Wochen dem Verwaltungsrat zustellen zu können, sofern die Änderungen aus Handel und Wirtschaft rechtzeitig eingehen. Noch wie vor glaubt das Ministerium, daß die Vorlage am 1. Juli in Kraft treten kann.

Starke Mißbilligung hat besonders auch die absolute ungenügende Begründung der Vor schläge des Reichspostministeriums hervorgerufen. Denn es trifft zunächst einmal nicht zu, daß die Post in keinem anderen Lande der Welt so billige Briefe wie bei uns, und zweitens ist die geäußerte Befürchtung vor einem Defizit in keiner Weise gerechtfertigt. Die Post hatte im Januar fast 158 Millionen Einnahmen, aber nur 136,5 Millionen Ausgaben, und auch im Februar ist ein Ueberschuß vorhanden.

Die Öffentlichkeit würde aber wohl kaum die Pläne Dr. Schäfels schlichtlich ablehnen, wenn ein hochrangiges Reichspostministerium zum mindesten die Zulage gemacht hätte, daß die Briefpost, da sie mehr fordert, künftig auch mehr leisten werde. Davon ist aber mit keinem Wort die Rede. Die erste Voraussetzung für eine Steigerung der Briefposten wäre doch das Vorhandensein der Mittel, die für die Erhöhung der Briefposten erforderlich sind, und zwar sowohl hinsichtlich der Zahl der täglichen Briefleistungen, wie des Umfanges des Schalterdienstes. Jedermann weiß indes, daß die heutigen Verhältnisse in beiden Richtungen hinter die berechtigten Wünsche weit zurückbleiben.

Es ist also auch aus diesem Grunde durchaus begreiflich, daß die Öffentlichkeit sich nicht ohne weiteres mit der geplanten Erhöhung der Briefposten abfinden will. Der Vorgänger und engere Parteigenosse Dr. Schäfels, Stinag, hat uns die Friborius-Marke zum Geschenk gemacht, der jetzige Reichspostminister, der bekanntlich ein Gegner der Friborius-Marke ist, will sie in ihrer bezwungenen Stellung durch die 15-Pfennig-Marke ersetzen, die das Bild Karls, des Mannes der reinen Vernunft, zeigt. Nur, daß Zeitpunkt und Begründung, die das Reichspostministerium dafür wählt, nach Ansicht der Betroffenen die reine Unvernunft darstellen.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Professoren in Weimar.

von Dr. Ernst Feder.

Zu den glänzendsten Zeiten der Universitätsgeschichte Deutschlands gehört jenes nicht sehr umfangreiche Kapitel, in dem die Auflehnung deutscher Professoren gegen staatliches Unrecht und monarchische Gewalttat aufgezeichnet steht. Als vor 90 Jahren der König Ernst August von Hannover unter Eidverletzung die Verfassung brach und das alte reaktionäre Staatsgesetz wieder einführte, gaben sieben Göttinger Professoren als „ehrerbietig und untertänigst Unterzeichnete“ die berühmte Erklärung ab, daß sie den Eidbruch nicht mitmachen, daß für sie nur die rechtmäßige Verfassung gültig ist. Die Erklärung dieser Göttinger Sieben, deren Namen noch heute zählen, Dahlmann, Gerwinus, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, Wilhelm Weber, Albrecht, Gwald, rief einer Beifallssturm in Deutschland hervor. Den sieben freilich ging es schlecht. Sie wurden wegen Verfassungsverweigerung ihres Amtes entsetzt. Drei des Landes verwiesen. „Gib dem Herrn eine Hand, er ist ein Flüchtling“, sagte eine Großmutter zu ihrem Enkel. Der Flüchtling hieß Jakob Grimm. Er schildert diesen Vorgang in einer Schrift, die nur in Basel erscheinen konnte und die er als Motto den Nibelungenvers vorausstellte: „War sint die Eide kommen?“

Wohin sind die Eide gekommen? Fragten Sie, in eckigen, heiligen Joren, auch jene Professoren unserer Zeit, die gegen das Weimarer Werk sich auflehnten, weil es durch „Meinhold“, durch „Treubruch“ zu Lande gekommen sei. Ist ein Dahlmann jener Marburger Jurist Traeger, der in seiner Vorlesung als „Königin Luise“ die Frau des ersten Reichspräsidenten verhöhnt, dem doch in erster Linie der ruhige Fortgang aus dem akademischen Leben gleich nach der Revolution zu danken ist? Ist ein Jakob Grimm der große Pöhlker Lenard zu Heidelberg, der sich in antirepublikanischem Groll der staatlich gebotenen Arbeitsruhe am Tage der Bestattung Walter Rathenaus gewalttätig widersetzt? Ein Gerwinus der kleine Mathematiker Böhler, der als Rektor von Greifswald die schwarzrotgoldene Fahne, das Symbol deutscher Reichseinheit und Staatshoheit, mit eigener Hand von der Universität niederholt? Sind Göttinger Unrechtete jene fünf ehemaligen Direktoren der Münchener Universität, unter ihnen ein Mann, wie der Pöhlker Wien, die dem akademischen Selbst fernbleiben, weil neider der schwarzweißroten Fahne auch die Reichsflagge geht? Sind — auf Anordnung des jetzigen Direktors Böhler, der mit dem Gedankenreichtum und der eleganten Form des Gelehrten die Zivilcourage einer ganzen Persönlichkeit verbindet? Die Professoren, die mit den Worten und den Argumenten der Göttinger Verfassung und Parteien einerseits, und der Weimarer Republik andererseits — erinnert irgend etwas in ihren Zielen an die reine Pöhlker Lenard?

Endlich geht etwas wie Selbstbestimmung durch die akademische Welt. Die ärgsten Ausbrechungen wussten schon etwas historisch an. War wirklich einer Unzahl Lehrern an Deutschlands hohen Schulen die Angst, jeder Sinn so stumpf, daß man nicht empfinden, wie in dem großen Weimarer Werk aus dem von oben verschuldeten Zusammenbruch ein neues Recht im besten deutschen Sinne wuchs, ein in Unmündigkeit gehaltenes Volk ein Instrument freier Selbstbestimmung sich schuf? Was der Mehrheit des deutschen Volkes längst Gemeingut, ja Gemeinplatz geworden ist, will auch der akademischen Welt mitteilen die Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer, die am Montag und Dienstag ihre zweite Tagung in Weimar abgehalten hat. Männer wie Harnack, Meinecke, Kernst und Kahl ließen vor einem Jahr den ersten Ruf ergehen. Diesmal sind zahlreiche Hochschullehrer aus allen Teilen des Reiches, fast aus allen Reichsteilen der Einladung gefolgt. Dreihundertfünfzig haben Zustimmungserklärungen erteilt. Einhundertvierzig sind in Weimar erschienen. Es hat nicht nur akademische Bedeutung der Beschluß, zu dem man einstimmig kam, daß in der Demokratie und in der Repräsentativverfassung, also in der parlamentarischen Republik, die einzige Möglichkeit deutscher Staatsentwicklung zu sehen ist.

Auf demselben Ton war die vorangehende Forderung gestimmt. Wilhelm Kahl, der wieder zum Vorkommen gekommen wurde, erklärt die Republik für eine vaterländische Notwendigkeit, und Graf Dohna, der, wie Kahl, als volksparteilicher Abgeordneter in der Nationalversammlung gegen die Verfassung gestimmt hat, sagt dasselbe mit anderen Worten: Unser Staat wird eine Demokratie sein, oder er wird nicht sein. Als Kritiker des Parlamentarismus fiel besonders Professor Hellpach auf der sich mit seiner Auffassung vom Parlamentarismus in wachsenden Gegensatz zu den Kreisen stellt, von denen vor zwei Jahren seine Präsidentschaftskandidatur unterstützt worden ist. Der Weg, den er geht, ist nicht ganz klar — vielleicht informiert das Buch, mit dessen Fertigstellung er beschäftigt ist. Er stellt neben dem Parlamentarismus die sogenannte direkte Demokratie, obwohl gerade die Kräfte, in denen Nichtparlamentarier wie Luther und Meinhold dem Stabnitz angehören, die Notwendigkeit des Parlamentarismus erweisen. Seit Luther über den von ihm aufgepflanzten doppelten Fährtenstod gestolpert ist, bleibt er nicht nur aus der Regierung, sondern auch aus der Opposition völlig ausgeschlossen, und dem früheren Reichsfinanzminister Meinhold mußte der Hamburger Parteitag das Podium schaffen, auf dem er die im Parlament gegen ihn erhobenen Angriffe zurückweisen konnte. Auf sich, Hellpachs Kollege in Heidelberg, hat dessen Kritik treffend widerlegt. Kernst hat die republikanische Vergangenheit im deutschen Städteleben nach-

Eine Luftflotte des Völkerbunds?

Zu Verkehrs-, nicht zu Sanktionszwecken!

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 27. April.

Bei der gestrigen Sitzung der „Cina“, das ist die „Corporation nationale de Navigation Aérienne“, hatten auch zwei Mitglieder des Völkerbundssekretariats teilgenommen, von denen eines dem Transport — das andere dem Abrüstungsausschuß des Völkerbunds angehört. Die Anwesenheit dieser beiden Völkerbundsvertreter hat hier zu den genauesten Vermutungen Anlaß gegeben. So veröffentlicht „Morning Post“ einen aufsehenerregenden Bericht, demzufolge der Völkerbund zu der Überzeugung gekommen ist, daß er unbedingt eine eigene Luftflotte besitzen muß. Die „Cina“ habe daraufhin dem Völkerbund mitgeteilt, dem Völkerbund eine Luftflotte durch den Völkerbund nichts im Wege zu sein, und den Völkerbund gleichzeitig ersucht, baldmöglichst die Abgabe der Völkerbundsflugzeuge zu beantragen. So habe der Völkerbund die „Cina“ gefragt, welche Abgabe ein Zeug, das irgendein europäisches Land dem Völkerbund erhalten soll. Die Antwort der „Cina“ war, daß solche Zeugnisse durch einen kriegsschwachen Staat, quer durch das bisherige Schicksal zu machen seien. „Morning Post“ fügt folgende Erklärung an: Dieser Vorschlag ist von äußerster Wichtigkeit, da er den Eindruck erweckt, als ob der Völkerbund selbst zu einer Art unabhängigen Staates zu werden gedenke. Vorläufig ist nicht die Rede davon, daß Völkerbund seine künftige Luftflotte zur Vermeidung seiner Rechte angeht, die es sich als eines der Schorfamen Landes vorbehalten könne. Doch bleibt das, was im Grunde liegt, ein mögliches Endergebnis. Eine Briefe über die Bedeutung dieser bisher noch nicht zu erhalten. In den Völkerbundsstaaten sieht man ihnen äußerst skeptisch gegenüber. Wie mit ein diesen Kreisen angehörender Gewerksmann mitteilte, der oben mitgeteilten Auffassung folgender Tatbestand zugrunde liegt: Bereits zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahres wurde in Genf die Möglichkeit erörtert, den Völkerbundsmitgliedern besondere Flugzeugstellen zu schaffen, damit im Notfall aus einer Stunde zu anderen mittels Flugzeugen nach Genf beordert werden könnten. Man wollte dagegen ähnen, daß ein solches Flugzeug mit einem Völkerbundsmitglied an Bord etwa beim Überfliegen eines Landes die dortigen Behörden aufgehalten würde. Deshalb man den Plan, diesen Flugzeugen ein besonderes Abzeichen zu geben, das sie als Flugzeug des Völkerbunds kenntlich machen sollte. In diesem Zusammenhang wurde auch von der Gründung eines besonderen Völkerbundsflugplatzes bei Genf gesprochen. Die hiesigen Völkerbundsleute sind der Ansicht, es diese Fragen sind, mit denen die Konferenz sich gestern be-

faßte. In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß Deutschland an der gestrigen Sitzung nicht teilnahm, da, wie schon erwähnt, es der „Cina“ noch nicht angehört.

An der gestrigen Sitzung der „Cina“ stand die Frage der Benennung der verschiedenen Flugmittel zur Sprache. Man einigte sich schließlich darüber, Luftschiffen und Ballons die internationale Bezeichnung „Aerostat“ zu geben, während Flugzeuge die Benennung „Aerodyne“ erhalten sollen. Die zur letzten Klasse gehörigen Windmühlenturmgänge wurden „Giroplan“ benannt. Was die wichtigsten Piloten betrifft, so wurde auf Grund des Berichtes des medizinischen Untersuchungsbeirats, daß diese sich alle Vierteljahre einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen haben, während für männliche Piloten halbjährliche Untersuchung erforderlich bleibt.

Lord d'Abemnon in Berlin.

Der frühere englische Botschafter Lord d'Abemnon ist heute vormittag in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgehilfen. Lord d'Abemnon, der sich in Begleitung seines Sekretärs befindet, wird sich voraussichtlich einige Tage hier aufhalten.

Deutschland auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Am Sonntag Abreise der deutschen Vertreter.

Die deutschen Mitglieder der am 4. Mai in Genf beginnenden Weltwirtschaftskonferenz sind nunmehr namentlich fest. Von der deutschen Regierung wurden folgende Herren benannt: Staatssekretär Dr. Trendelenburg, Dr. v. Siemens, Geschäftsführer Eggert als Mitglied des Enquete-Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Lammerus und der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Hermann. Als Vertreter der internationalen Handelskammer nimmt Konrad Dr. Rosenberger auf, und besondere Einladung des Völkerbunds die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders an drei Genfer Beratungen teil. An diesen werden außerdem noch drei Sachverständige sich beteiligen, von denen zwei, Gehlenrat Sering und Graf Keyserling die Landwirtschaft und Reichstagsabgeordnete Dauth (Hamburg) Bauwesen und verwandte Zweige vertreten werden. Ihnen werden sich noch einige Hilfsarbeiter aus dem Reichsernährungs- und dem Reichswirtschaftsministerium anschließen. Sollte sie im Laufe der Beratungen die Notwendigkeit erweisen, noch sonstige Spezialfachverständige zuzuziehen, so würden diese von Berlin aus delegiert werden. Die Abreise der Konferenzmitglieder erfolgt in zwei getrennten Gruppen. Die erste wird am Sonntag, die zweite am Montag sich nach Genf begeben.